

Strategien für eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung

Pedro de Sampaio Nunes

Director for Conventional Energies

European Commission Directorate D

Zwischen Energie und nachhaltiger Entwicklung besteht ein enger Zusammenhang. Es ist bekannt, dass die Energieversorgung und -produktion für einen negativen Einfluss auf unsere Umwelt verantwortlich ist. Nach dem Gipfeltreffen der Vereinigten Nationen in Rio de Janeiro steht die nachhaltige Entwicklung auf der globalen politischen Tagesordnung aller Nationen. Tatsächlich hat der Vertrag von Amsterdam die nachhaltige Entwicklung zu einer Kernaufgaben der Europäischen Gemeinschaft gemacht.

Auf der anderen Seite ist auch die Versorgungssicherheit ein Thema von wachsender Bedeutung auf der Tagesordnung der Europäischen Union. Die Union ist zunehmend auf Energieimporte angewiesen. Der Energieverbrauch wächst in absoluten Werten trotz der verringerten Energieeinsatzes. Zusätzlich stützt sich die Union mit 79% ihres Energieverbrauchs sehr stark auf fossile Brennstoffe, während Kernenergie mit 15% und erneuerbare Energien mit 6% den Rest abdecken. Dieser Konflikt zwischen Versorgungssicherheit und nachhaltiger Entwicklung bedarf im Kontext einer wachsenden Liberalisierung eines globalen Ansatzes. Das Green Paper, das von der Kommission im November 2000 herausgegeben wurde, verfolgt genau dieses Ziel und initiiert derzeit diese Debatte. Das Green Paper bietet auch die Möglichkeit, wichtige Fragen z.B. nach der Rolle der Kernenergie, nach der Bekämpfung der Klimaveränderung sowie nach der Wirksamkeit der der Kommission zu Verfügung stehenden Instrumente zu behandeln.

Schlüsselthemen:

Die Kernenergie ist eine der umstrittensten Fragestellungen; fünf der acht Mitgliedstaaten, die die Kernenergie für ihre Elektrizitätsversorgung nutzen, haben ein Moratorium

angekündigt. Auch stellt die Kernenergie eine wichtige Thematik im Hinblick auf das vergrößerte Dossier zur nuklearen Sicherheit dar.

Öl hat eine Vormachtstellung in den Transport- und Haushaltsmärkten. Die Diversifizierung des Transportverbrauchs erscheint als ein Hauptziel, um den ökologischen Anliegen gerecht werden zu können. Erdgas hat in Folge seines Beitrags zu einer weniger kohlenstoffintensiven Wirtschaft bessere Zukunftsaussichten. Schlussendlich erwecken die erneuerbare Energien große Hoffnungen für eine Verminderung des Netto-Beitrags an CO₂ Emissionen.

Bei der Betrachtung der Trendentwicklung zur Abhängigkeit von Energieimporten ist die Erkenntnis bemerkenswert, dass die Union zu dem Zeitpunkt um 2020 im Vergleich zum heutigen Niveau von 50% dann 70% ihres Energieverbrauchs importieren wird. Dies hat natürlich wirtschaftliche Auswirkungen. In 1999 erreichten die Energieimporte 240 Mrd. Euro. Zusätzlich ist die geografische Verteilung begrenzt. Russland wird für Erdgas und der mittlere Osten wird für Öl heute und in Zukunft wichtige Lieferanten bleiben.

Schließlich haben Ereignisse der letzten Zeit aufgezeigt, dass die Energieversorgung von ihrem Transport auf dem Meer abhängen und dass die Sicherheit dieser Transporte Grundlage unserer Energieversorgung und unserer Umwelt ist.

Es bestehen Abhängigkeiten der Mitgliedstaaten untereinander. Globale Fragen können nicht allein durch die Mitgliedstaaten selbst gelöst werden, zumindest nicht ohne eine Koordinierung des Handelns durch die Union und manchmal auch durch ein Handeln der Union selbst. Bedeutsame Beispiele hierfür sind der interne Markt oder die Verminderung von CO₂-Emissionen.

Schließlich kann festgestellt werden, dass die Strategie zur Minderung des Treibhauseffekts von den tatsächlich erreichten Ergebnissen abweicht. Eine Trendumkehr ist schwer zu erreichen und, sollte die Union ihre Emissionen im Jahr 2000 stabilisieren, gehen die Vorhersagen der European Agency for Environment (Europäische Umweltagentur) von einer Erhöhung der Emissionen um 5,2% bis 2010 gegenüber 1999 aus.

Welche Vorschläge macht das Green Paper?

Diese werden im Jahr 2001 diskutiert und betreffen sowohl die Versorgungs- als auch die Nachfrage. Die globale Zielsetzung besteht in der effizienteren Umsetzung des vorhandenen Instrumentariums. Die Energiepolitik benötigt einen Richtungswechsel von einer Ausrichtung auf die Energieversorgung hin zu einer Steuerung des Nachfragewachstums. Um diese Umorientierung zu erreichen, müssen die Instrumente Besteuerung, Internationalisierung von externen Kosten, Förderung neuer Technologien und energiesparender Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen Bau und Verkehr sowie deren gesetzliche Regelung, zusammenwirken.

Im Hinblick auf die Versorgung hat die Europäische Union weniger Möglichkeiten. Die Verteilung der Energieressourcen ist für fossile Brennstoffe sehr begrenzt, lediglich Kernenergie und erneuerbare Energien sind hiervon nicht betroffen. Die Förderung von erneuerbaren Energiequellen sollte ein Hauptziel darstellen, das von der Fokussierung staatlicher Hilfeleistung oder dessen Entwicklung durch Beiträge von konventionellen Brennstoffen profitieren würde.

Welche Rolle spielt die Kernenergie in diesem neuen Ansatz?

Obwohl mancherorts kritisiert, hat sich der Euratom Vertrag in den Bereichen Sicherheit, Strahlenschutz, Euratom-Darlehen und Forschung als erfolgreich erwiesen. Es ist klar, dass die Kernenergie eine Schlüsselkomponente der EU Versorgungssicherheit ist und Potential zur Beschränkung von CO₂-Emissionen hat. Der Beitrag der Kernenergie zu einer nachhaltigen Entwicklung, sollte trotz Opposition untersucht werden.

Der nukleare Sektor sollte sich jedoch auch um Schlüsselthemen kümmern, die seine Entwicklung behindern könnten: In erster Linie werden nukleare Abfälle immer noch als eine ungelöste Problematik betrachtet. Der Dialog zwischen den Industrie, die die Verfügbarkeit der Technologien proklamiert, und der Gesellschaft, die noch eine Überzeugung sucht, muss eine gemeinsame Basis finden.

Die nukleare Sicherheit in der Europäischen Union erreicht ein hohes Niveau. Von den 13 potentiellen Beitrittsländern betreiben 7 Kernkraftwerke, die jedoch nach einer Forderung des Europäischen Rates (European Council) einer Verbesserung bedürfen, um ein vergleichbares nukleares Sicherheitsniveau zu erlangen. Lassen Sie mich darauf hinweisen, dass, um dieses Ziel zu erreichen, die Rolle der Industrie nicht vernachlässigt werden darf und dass ein in sich stimmiger und globaler Ansatz benötigt wird.

Letztlich hat die Kernenergie einen Nachteil in Bezug auf neue Investitionen. In den letzten Jahren wurde angenommen, dass in einem liberalisierten Markt die Kernenergie wegen ihres hohen Kapitaleinsatzes und durch den Wettbewerb mit Technologien, die billige fossile Brennstoffe einsetzen, auf natürlichem Wege vom Markt gedrängt werden würde. Es gibt natürlich keine Garantien dafür, dass sich eine solche Konstellation fortsetzt. Ganz im Gegenteil dazu werden durch das Wegfallen der Überkapazitäten Bedingungen für die Kernenergie geschaffen, ihre Marktanteile beizubehalten. Wir werden möglicherweise in den USA solch eine Entwicklung sehen. Nichtsdestotrotz ist eine Bemühung zur Reduzierung des Kapitaleinsatzes erforderlich.

Es liegt in den Händen der nuklearen Industrie, sich an der von dem Green Paper in Gang gesetzten Diskussion zu beteiligen, um die kerntechnischen Themen in einer transparenten Art darzustellen und ihre Aufmerksamkeit auf die bestehenden Vorteile und die noch zu lösenden Probleme zu lenken.